

Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 36 (2014)

Vorwort: Einleitung = Introduction

Autor: Furrer, Markus / Heiniger, Kevin / Huonker, Thomas

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einleitung

Markus Furrer, Kevin Heiniger, Thomas Huonker, Sabine Jenzer,
Anne-Françoise Praz

Das Aufwachsen in der eigenen Familie galt und gilt in der Schweiz als der Normalfall, wohingegen das Aufwachsen ausserhalb als zweite Wahl eingestuft wird.¹ Entsprechend belastet sind Fremdplatzierungen von Verding- und Pflegekindern sowie von Heimkindern. Die Schicksale dieser Gruppen – inklusive der Verwahrten – werden heute verstärkt und unter einem gemeinsamen Fokus wahrgenommen. Dahinter verbirgt sich die Frage nach dem gesellschaftlichen und staatlichen Umgang mit Armut und Randständigkeit. Angestossen wurde diese Aufarbeitung vielfach durch Betroffene, die sich nach Jahren und Jahrzehnten des Schweigens und des Nichtwahrgenommenwerdens zu Wort meldeten. Lange Zeit wurden ihre Schicksale in der Gesellschaft ausgeblendet. Bereits seit einigen Jahren jedoch beschäftigt dieses Thema nun Historikerinnen und Historiker. Das Ziel des vorliegenden Sammelbandes ist es, eine zusammenfassende Darstellung bereits abgeschlossener Forschungsarbeiten und noch laufender Projekte vorzulegen, wobei alle Sprachregionen einbezogen werden. Die Einleitung führt in die Thematik ein und soll ein Überblickswissen über Fremdplatzierungen sowie Fürsorge- und Betreuungsmassnahmen für Kinder und Jugendliche vermitteln. Dadurch werden die hier versammelten Beiträge in den historischen Kontext eingebettet, der gleichsam den Hintergrund jener Praktiken darstellt, deren Wiederholung es in Zukunft zu verhindern gilt.

Sozioökonomische Bedingungen, Familie und Status des Kindes

Die Armut ist eine der Hauptursachen von Fremdplatzierungen. Während des 19. Jahrhunderts trieben die mit der Industrialisierung einhergehenden sozioökonomischen Veränderungen neue Bevölkerungsschichten in eine vorübergehende oder ständige Armut. Zu den traditionell Bedürftigen stiessen die vom landwirtschaftlichen

1 Vgl. Loretta Seglias, Heimerziehung – eine historische Perspektive, in: Markus Ries, Valentin Beck (Hg.), *Hinter Mauern. Fürsorge und Gewalt in kirchlich geführten Erziehungsanstalten im Kanton Luzern*, Zürich 2013, S. 19–79, hier: S. 19. Der Begriff der Fremdplatzierung ist normativ und kulturell konnotiert, wodurch Fremdplatzierung als substitutive Form des Aufwachsens und der Erziehung verstanden wird. Nicht zu übersehen sind indessen pädagogische Vorstellungen und die Praxis bestimmter sozialer Schichten, Kinder und Jugendliche in Internaten und so ebenfalls ausserhalb der Kernfamilie aufwachsen zu lassen (vgl. Martin Lengwiler, Gisela Hauss, Thomas Gabriel, Anne-Françoise Praz, Urs Germann, *Bestandesaufnahme der bestehenden Forschung in Sachen Verding- und Heimkinder. Bericht zuhanden des Bundesamts für Justiz EJPD*, Basel 2013).

Strukturwandel und der Verschuldung der Betriebe betroffenen Bauernfamilien,² die Handwerker und Händler in Konkurrenz mit den Fabriken oder den Warenhäusern sowie die von der weit verbreiteten Arbeitslosigkeit und der Erhöhung der Lebenskosten betroffenen Arbeiterfamilien. Diese schwierigen Verhältnisse dauerten bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts an und verschärften sich mit der Inflation und den Entbehrungen des Ersten Weltkrieges und den schweren Krisen der Zwischenkriegszeit zusätzlich. Zahlreiche Familien lebten in prekären Verhältnissen. Schon ein einziges unvorhergesehenes Ereignis (Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung, Verlust eines Angehörigen) konnte sie – damals weitgehend ohne Schutz durch Sozialversicherungen – in die Bedürftigkeit abgleiten lassen; somit waren zahlreiche Fremdplatzierungen die Folge eines biografischen Bruchs. Insbesondere Kinder waren und sind von Armut besonders hart und unmittelbar betroffen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts führten die wirtschaftlichen Veränderungen und die institutionellen Reformen zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Funktion der Kinder. Bis zu diesem Zeitpunkt war in den Familien der Unterschicht und der unteren Mittelschicht die Arbeitskraft der Kinder oder ihr Einkommen unerlässlich für das Funktionieren der häuslichen Wirtschaft. Die Kinderarbeit war eine Selbstverständlichkeit und eine Notwendigkeit; dabei spielte es keine Rolle, ob es sich um einen landwirtschaftlichen Betrieb, ein kleines Geschäft oder Handwerk oder eine Arbeiterfamilie handelte. Indem der Staat die Fabrikarbeit für unter Vierzehnjährige verbot (Fabrikgesetz von 1877) und die obligatorische Schulpflicht durchsetzte (Bundesverfassung von 1874), erschwerte er den Familien allerdings die Kinderarbeit und setzte dieser das Prinzip des Rechts auf Bildung entgegen.³ Ein weiterer Umstand erklärt die Haltung der verantwortlichen Politiker: Im Kontext der internationalen Expansion des Kapitalismus stellte die allgemeine Erhöhung des Ausbildungsniveaus für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit einen wichtigen Vorteil dar; die Verbesserung des Humankapitals auf allen Stufen der Erwerbstätigkeit erwies sich als entscheidende Herausforderung.

Wem gehörten die Zeit und die Arbeitskraft des Kindes? Diese Frage zog insbesondere in den ländlichen Regionen einen heftigen Konflikt zwischen den Kantons- und Gemeindebehörden auf der einen und den Familienoberhäuptern auf der anderen Seite nach sich, von dem der lange Kampf gegen den Schulabsentismus zeugt. Der neue Status des Kindes gewann schrittweise an Boden, nicht nur wegen der behördlichen Tätigkeit, sondern auch infolge der sich ändernden

2 Python Francis, Une approche historienne des placements d'enfants, in: *Annales fribourgeoises*, 74 (2012) S. 199–204.

3 Anne-Françoise Praz, *De l'enfant utile à l'enfant précieux – Filles et garçons dans les cantons de Vaud et Fribourg*, Lausanne 2005.

Bedürfnisse der Familien, die die Ausbildung der Kinder als Mittel zum sozialen Aufstieg zu betrachten begannen. Eine vertiefte Analyse zeigt allerdings, dass die vermeintliche Durchsetzung der Rechte des Kindes mit wichtigen Konzessionen verbunden war und bestimmte Kategorien ganz ausschloss. In gewissen katholischen Kantonen blieb etwa das Ausbildungsrecht den männlichen Kindern vorbehalten. Die Laxheit im Umgang mit dem Schulabsentismus der Mädchen erlaubte es den Eltern, weiterhin die Arbeitskraft der Töchter zu nutzen, manchmal um die Ausbildung der Söhne zu finanzieren.⁴ Die Verding- und Pflegekinder waren von dieser Entwicklung ebenfalls ausgenommen, weil man der Ansicht war, dass sie diese Investition in ihr Humankapital nicht 'verdienten'. In Wirklichkeit stellten diese ausserhalb von Unterstützungsstrukturen und Netzwerken lebenden Kinder ein probates Mittel dar, um Wirtschaftssektoren zu stärken, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Dies war insbesondere in der von Strukturkrisen betroffenen Landwirtschaft der Fall, wo die fremdplatzierten Kinder den verbreiteten Mangel an Hausangestellten ausglich.⁵ Die Existenz eines billigen Arbeitskräftereservoirs stand so einer Investition in die Ausbildung der Kinder im Weg und verurteilte diese zu einer prekären Zukunft in unqualifizierten Beschäftigungssituationen.

Was die Wertestrukturen betrifft, so war der Zeitraum von ca. 1860 bis ca. 1960 relativ homogen. Bis in die 1960er Jahre hinein dominierten Pflicht- und Akzeptanzwerte. So standen im Zentrum der Gesinnungsbildung die Orientierung an traditionellen Werten wie Familie, Charakterbildung, Gemeinschaft, Durchhaltewillen, Konzentrationsfähigkeit, Wahrheit, Liebe, Gehorsam, Höflichkeit oder Autorität. Von Bedeutung ist auch, wie breit die Modernisierung als Bedrohung wahrgenommen wurde. Dies äusserte sich konkret in der Betonung von ländlichen und der Ablehnung von urbanen Werten, im Beschwören einer Dienstbarkeit, in der Skepsis gegenüber den neuen Medien und nicht zuletzt in der Betonung der Durchsetzung von Autorität und Gehorsam in der Erziehung. Kritisiert wurden in breiten Kreisen der Individualismus, Materialismus und Rationalismus. Viele orteten einen schleichenden Familienzerfall und eine Autoritätskrise, die einen Staatszerfall auslösen könnten. Daher erfuhr die Körperstrafe auch keinen vehementen Widerspruch. Erst durch den Umbruch Ende der 1960er Jahre vor dem

4 Anne-Françoise Praz, Institutional constraints and intra-family inequalities in access to education. Swiss federalism and the gendered well-being of siblings (Switzerland 1880–1930), in: Tindara Addabbo, Marie-Pierre Arrizabalaga, Christina Borderias und Alastair Owens (eds.), *Home, Work and Family. Gender and Well-being in Modern Europe*, Aldershot (UK), Burlington (USA) 2010, S. 197–217.

5 Marco Leuenberger, Loretta Seglias (Hg.), *Versorgt und vergessen. Ehemalige Verdingkinder erzählen*, Zürich 2009 (in französischer Übersetzung erschienen unter dem Titel *Enfances placées, enfances perdues*).

Hintergrund eines in der Industriegeschichte einmaligen Wirtschaftswachstums, das den Wandel zur Massenkonsumgesellschaft brachte, verstärkten sich ganz im Zeichen des antiautoritären Protests die Selbstentfaltungswerte.

In diese Umbruchsphase fiel auch die Heimkampagne Anfang der 1970er Jahre, die sich nach anfänglich scharfer Abwehr als bisher wirksamste Welle der – immer wieder aufflammenden – Anstaltskritik erwies.⁶ Sie bewirkte unter anderem mit medial inszenierten Massenfluchten aus Erziehungsanstalten eine Abkehr von Strukturen und Massnahmen wie harter Arbeit und Körperstrafen, Einsperren in kerkerähnlichen ‘Besinnungszimmern’ bei Wasser und Brot, Briefzensur und Kahlschur.⁷

Fürsorgepolitik und Akteure, Institutionen und rechtlicher Rahmen

Im dreistufigen Aufbau des schweizerischen politischen Systems mit den Ebenen Bund, Kanton und Gemeinde fielen nach 1848 Fürsorgeangelegenheiten primär auf der Stufe der Kommunen an. Das Prinzip der Unterstützung der Bedürftigen durch die Herkunftsgemeinde geht auf die Zeit nach der Reformation zurück (Tagssatzung 1551) und wurde in der Bundesverfassung von 1874 bestätigt. Erst 1975 wurde auf eidgenössischer Ebene dieses Prinzip der Gemeindefürsorge in einem neuen Verfassungsartikel (Art. 48) dahingehend verändert, dass die Unterstützung bedürftiger Personen fortan jenem Kanton oblag, auf dessen Gebiet sich diese befanden.⁸ Die Gesetzgebung und Reglementierung der Fürsorge war seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Kantonen überlassen, den Gemeinden blieb die Umsetzung. Um die Mitte des Jahrhunderts übernahmen auch die Kantone gewisse Aufgaben, insbesondere überwachten sie die Gemeinden.

Folgenreich für das Fürsorgewesen war etwa die Zuständigkeit der Gemeinden bei der Zuteilung des Bürgerrechts, dies vor allem in jenen Kantonen, in denen die heimatliche Fürsorgezuständigkeit galt, also in den meisten Kantonen der Ost- und Zentralschweiz, auch im Tessin und in Solothurn, nicht aber in den Kantonen Bern und Neuenburg, die schon mit dem Armengesetz von 1857 resp. 1889 auf wohnört-

6 Vgl. Fridolin Herzog (Hg.), *20 Jahre nach der Heimkampagne. Neue Herausforderungen an der Front sozialer Arbeit*, Luzern 1991; Jürg Schoch, Heinrich Tuggener, Daniel Wehrli, *Aufwachsen ohne Eltern: Verdingkinder – Heimkinder – Pflegekinder – Windenkinder. Zur ausserfamiliären Erziehung in der deutschsprachigen Schweiz*, Zürich 1989, S. 87–105; Renate Schär, «Erziehungsanstalten unter Beschuss». *Heimkampagne und Heimkritik in der Schweiz in den 1970er Jahren*, Lizentiatsarbeit Universität Bern 2006; Urs Hafner, *Heimkinder. Eine Geschichte des Aufwachsens in der Anstalt*, Baden 2011, S. 127–156.

7 Die Heimkampagne hat ihr Wirken selber dokumentiert. Vgl. die drei hektografierten Bände *Arbeitsdokumente der Heimkampagne*, Zürich 1972. Diese und andere Dokumente der Heimkampagne sind online einzusehen auf www.kinderheime-schweiz.ch/de/dokumente.php.

8 Jean-Pierre Tabin, La dénonciation du ‘tourisme social’: un ingrédient de la rhétorique ‘réactionnaire’ contre l’Etat social, in: *Swiss Journal of Sociology*, 31, 1 (2005) S. 103–122.

liche Fürsorge umgestellt hatten. Andernorts blieben die Behörden von verarmten und entvölkerten Gemeinden in abgelegenen Randgebieten fürsorgekostenpflichtig für alle ihre Bürger, auch für jene, welche längst in grössere Orte mit industriellen oder sonstigen Arbeitsplätzen abgewandert waren.

In finanzieller Hinsicht war der Bund in der Sozialfürsorge ebenfalls kein wichtiger Akteur, sondern unterstützte diese lediglich mit den Einnahmen aus dem Alkoholmonopol. Nahezu alle staatlichen Kompetenzen blieben kantonal und kommunal, manches blieb ungeregelt. Private und religiöse Körperschaften besetzten das Feld des 'milderen Armenwesens' sowie Teile des Schul- und Gesundheitswesens. Insbesondere auf dem Gebiet der Armenpolitik und -fürsorge konnten private Organisationen ihre Stellung ausbauen, allen voran die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG): Sie war landesweite Anregerin und Koordinatorin auf verschiedenen sozialpolitischen Feldern und Gründerin mehrerer Erziehungsanstalten.⁹ Nicht nur in den katholischen Kantonen blieben manche Zuständigkeiten gerade des Fürsorgewesens in den Händen der Kirchen.¹⁰ Die Bedeutung privater und kirchlicher Akteure im schweizerischen Fürsorgewesen und speziell im Bereich der Fremdplatzierung zeigt sich auch in ihrer Kontinuität bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts: Die Stärkung der Vormundschaftsbehörden und die Ausweitung ihrer Kompetenzen förderten die Einrichtung staatlicher Institutionen nicht wesentlich, weil diese Behörden viele Mündel aus finanziellen Gründen gerne an kostengünstigen Privatpflegeplätzen oder in religiös geführten Heimen platzierten.

Die Gemeindefürsorge verstärkte die Ungleichheit zwischen fremdplatzierten Kindern, da die Unterstützungsbeiträge beziehungsweise die 'Qualität' der Platzierungen je nach den Ressourcen der Gemeinde stark variierten. Ziel der meisten Gemeindebehörden bei den Fremdplatzierungen war, Steuergelder zu sparen. Im 19. und vereinzelt noch im 20. Jahrhundert fanden vor allem im Kanton Bern eigentliche Kindersklavenmärkte statt, teilweise parallel zu den Gesindemärkten, wo sich Knechte und Mägde auf dem ländlichen Arbeitsmarkt anboten: In soge-

9 Unter anderem Bächtelen BE, Sonnenberg LU, Mädchenheim Richterswil. Viele der meist auf privater Initiative beruhenden Anstaltsgründungen erfolgten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Damit einhergingen eine Spezialisierung und Ausdifferenzierung: Es entstanden Heime für 'Waisen' und 'Findelkinder', Anstalten für 'schwererziehbare Jugendliche', Zucht- und Arbeitshäuser für Erwachsene, Heime für Alkoholiker, für Betagte und Kliniken für psychisch Kranke usw. Die Trennung nach Alter und Einweisungsgrund wurde lange nicht eingehalten. So wurden etwa in Strafanstalten für Erwachsene oder in psychiatrischen Kliniken lange auch Kinder und Jugendliche platziert. Siehe: Beatrice Schumacher, *Freiwillig verpflichtet. Gemeinnütziges Denken und Handeln in der Schweiz seit 1800*, Zürich 2010.

10 Zu Tätigkeitsfeldern privater und kirchlicher Wohltäter und Gründungsfiguren gehörten etwa Armenasyle, Armenerziehungsanstalten, Kinderrettungsanstalten, Knaben- und Mädchenheime, Rettungsanstalten für 'gefallene' Mädchen, Mütter- und Säuglingsheime.

nannten 'Mindersteigerungen' oder 'Absteigerungen' wurden die Verdingkinder jenen Plätzen zugeteilt, für die das niedrigste oder gar kein Kostgeld verlangt wurde. Eine regionale Studie zum Verdingkinderwesen in zwei Berner Gemeinden kommt zu folgendem Schluss: «Es wird deutlich, dass der überwiegende Teil der Kinder nicht aufgrund eines persönlichen Fehlverhaltens (z.B. Delinquenz) platziert wurde, sondern um die Gemeinde von der Unterstützung armer Grossfamilien zu entlasten.»¹¹ Bei der Platzierung von Verdingkindern wirkten neben staatlichen Instanzen private Vereine und Stiftungen. In Bern waren dies die Kantonalbernerische Gotthelf-Stiftung,¹² in Solothurn, Baselland, Aargau und Thurgau die Armenenerziehungsvereine¹³ sowie die schon erwähnten kantonalen Sektionen der Gemeinnützigen Gesellschaft. Auch religiöse Gründungen wie die Seraphischen Liebeswerke vermittelten Adoptivkinder und Pflege- respektive Verdingkinder. Das Seraphische Liebeswerk betrieb zudem selber mehrere Kinderheime, darunter zwei Beobachtungsheime.¹⁴

In den drei Westschweizer Kantonen Genf, Waadt und Neuenburg spielte die staatliche Jugendfürsorge schon relativ früh die Hauptrolle, wobei in der Gründungsphase oft einzelne Stifter die Initiative ergriffen und Geld für Fremdplatzierungsinstitutionen spendeten, doch gab es auch hier gänzlich private und kirchliche Gründungen und Trägerschaften.¹⁵

Auch bei der Heimeinweisung – jedenfalls für Befürsorgte aus der Unterschicht – wurden Institutionen mit möglichst tiefem Kostgeld bevorzugt. Verschiedene Nachschlagewerke für 'Versorger' enthielten Angaben zu den Pflegekosten der einzelnen Fremdplatzierungsinstitutionen, etwa das von der SGG herausgegebene *Handbuch der sozialen Arbeit in der Schweiz* (1933) oder das vom schweizerischen Verband für Schwererziehbare herausgegebene Verzeichnis *Heime für die schwererziehbare und verlassene Jugend in der Schweiz* (1933).

11 Marco Leuenberger, Lea Mani, Simone Rudin, Loretta Seglias, «Die Behörde beschliesst» – zum Wohl des Kindes? Fremdplatzierte Kinder im Kanton Bern 1912–1978, Baden 2011, S. 188.

12 Vgl. deren Jahresberichte seit 1888 sowie deren Statuten vom 22. 11. 1936 im Nachlass Carl Albert Looslis sowie Moritz von Schiferli, *Die Gotthelf-Stiftung. Verein zur Erziehung armer und verwahrloster Kinder im Canton Bern*, Berlin 1902. Diese Stiftung hatte Sektionen in zahlreichen ländlichen Gemeinden Berns.

13 Vgl. dazu den entsprechenden Artikel von Ernst Guggisberg im vorliegenden Band.

14 Vgl. Fritz Spieler, Josephine Kramer, *Bau und Aufgaben einer heilpädagogischen Beobachtungsstation*, Luzern 1948.

15 Vgl. Martine Ruchat, *L'oiseau et le cachot. Naissance de l'éducation correctionnelle en Suisse romande 1800–1913*, Genève 1993; Pierre Avanzino, *Histoires de l'éducation spécialisée 1827–1970. Les arcanes du placement institutionnel. De l'enfant abandonné à l'enfant inadapté de l'Asile rural à la Maison d'éducation. Etude historique vue à travers un analyseur: l'Ecole Pestalozzi à Echichens*, Lausanne 1993; Martine Ruchat, *Les chroniques du mal: le journal de l'éducation correctionnelle, 1859–1918*, Genève 1998.

Die jeweiligen Pflegekosten deckten ein breites Spektrum ab.¹⁶ Die Kostenkonkurrenz der Heime hatte zur Folge, dass die 'Zöglinge' mit umso härterer Arbeit zur Kostensenkung und Eigenversorgung aus Landwirtschaft und Garten beitragen mussten, je tiefer das von den versorgenden Behörden zu entrichtende Kostgeld angesetzt war. Die Kostensituation war auch ein Grund für die häufig billige, eintönige und mangelhafte Ernährung der Kinder, von der Betroffene häufig berichteten. Diese kostensensible Praxis der Behörden bevorzugte auch Heime mit billigem, oftmals unqualifiziertem Personal. So erhielt etwa das geistliche Personal als Lohn im Wesentlichen Kleidung, Kost und Logis. Zudem führte der Kostendruck dazu, dass möglichst wenig Personal eingestellt wurde, was dessen Überforderung begünstigen konnte.

Mit der Schaffung von Sozialversicherungen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und mit deren Weiterentwicklung in der Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts veränderte sich die Fürsorge dahingehend, dass sie heute mit ihrem Auffangnetz – dem Instrumentarium der Sozialversicherungen – Existenzrisiken abdeckt.¹⁷

Das Familienrecht wurde bis 1912 unterschiedlich geregelt. Von zentraler Bedeutung im Versorgungssystem waren die sogenannten 'Kinderschutzartikel' des eidgenössischen Zivilgesetzbuches (Artikel 283–289) von 1907, das 1912 in Kraft trat. Bei 'pflichtwidrigem Verhalten' der Eltern (Art. 283 des ZGBs) sowie bei 'Verwahrlosung' oder 'dauernder Gefährdung' des 'leiblichen oder geistigen' Wohles eines Kindes (Art. 284 des ZGBs) musste die Vormundschaftsbehörde als zuständige Instanz einschreiten. Kindswegnahmen waren bereits vor der Verabschiedung des ZGBs möglich. Danach wurde es aber bedeutend einfacher, ein Kind aus seiner Familie wegzunehmen und in einer Familie oder Anstalt zu platzieren.¹⁸ Das ZGB ermöglichte ein behördliches Einschreiten bereits bei 'Gefährdung' des Kindes, also bevor ein Kind überhaupt auffällig geworden war. Der Präventions- und Schutzgedanke erhielt damit ein starkes Gewicht. Die Bestimmungen des ZGB zeugen davon, sie sind aber auch durch eine paternalistisch-disziplinierende Haltung geprägt. Unterschiedlich kantonal geregelt blieb das

16 Um 1933 verlangten einige der billigsten Heime weniger als 1 Franken pro Tag als Kostgeld (Rathausen LU Fr. 250.– pro Jahr, Waisenhaus Einsiedeln 15–30 Franken pro Monat, Institution Sully Lambelet, Les Verrières Fr. 200.– pro Jahr). Weit verbreitet war 1933 der Kostenansatz von 1 Franken pro Tag und Kind. Viele Heime verlangten aber auch 2 Franken oder mehr.

17 Hans-Jörg Gilomen, Sebastien Guéx, Brigitte Studer (Hg.), *Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung – De l'assistance à l'assurance sociale. Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert – Rupture et continuités du Moyen Age au XX^e siècle*, Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte – *Annuaire Suisse d'histoire économique et sociale* (vormals Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte – *Société suisse d'histoire économique et sociale*), Bd. 18, Zürich 2002.

18 Vgl. Nadja Ramsauer, «Verwahrlost». *Kindswegnahme und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat 1900–1945*, Zürich 2000.

Pflegekinderwesen. In das ZGB wurden keine betreffenden Paragraphen aufgenommen, so dass dieses über unseren Zeitraum hinweg uneinheitlich blieb.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts fiel mit der Abschaffung des traditionellen Verfahrens zur Bestimmung der Vaterschaft die Verantwortung für uneheliche Kinder den Müttern allein zu.¹⁹ Die Befürworter dieser Reform bekannten sich zu einem liberalen Staatsverständnis, das die (männlichen) Individualrechte wahrte; Beschuldigungen wegen einer nicht anerkannten Vaterschaft konnten den Ruf eines Mannes schädigen und damit seine Aussichten auf sozialen Aufstieg schmälern. Der neue, liberale und säkulare Staat sanktionierte nicht mehr das moralische Fehlverhalten, sondern wies den Frauen eine Rolle als Wächterinnen über die guten Sitten zu.²⁰ Sie mussten auf die Einhaltung der bürgerlichen Sexualmoral pochen, welche Sexualität auf die Ehe beschränkte. Die wirklichen Verhältnisse waren allerdings banaler: Mangels Unterstützung durch den Vater verfügten die Mütter meist nicht über eine ausreichende Existenzgrundlage und sahen sich gezwungen, die Gemeindefürsorge in Anspruch zu nehmen. Diese vollzog die Fremdplatzierung des Kindes. Das Schweizerische Zivilgesetzbuch von 1907 veränderte diese Asymmetrie der Verantwortlichkeiten kaum: Die Mütter verfügten nun zwar über die Möglichkeit, vor Gericht einen Anspruch auf Rente geltend zu machen; eine solche wurde allerdings nur unter sehr strikten Bedingungen gewährt und nur, wenn das Benehmen der Klägerin als absolut einwandfrei angesehen wurde. Die Ungleichheit zwischen ehelichen und unehelichen Kindern im Zivilgesetzbuch wurde erst 1978 mit der Revision der Rechte des Kindes aufgehoben.

Das Familienrecht wurde seit den 1970er Jahren schubweise revidiert: 1973 wurde das Adoptionsrecht erneuert (Art. 264–269), und 1978 wurden wie erwähnt die ausserehelich geborenen Kinder mit den ehelichen gleichgestellt (Art. 252–273). Auch verfügt die unverheiratete Mutter seither über das Sorgerecht für ihre Kinder, nachdem zuvor uneheliche Kinder nicht unter der elterlichen Gewalt standen.²¹ Weiter entfällt das Züchtigungsrecht der Eltern. Zuletzt wurde das Vormundschaftsrecht revidiert, die revidierten Artikel traten 2011 in Kraft. Seit 1981 müssen zudem bei der Unterbringung bevormundeter Jugendlicher in einer Anstalt die Vorschriften einer gerichtlichen Beurteilung sowie das Verfahren des fürsorgeri-

19 Eva Sutter, *Ein Act des Leichtsinns und der Sünde. Illegitimität in Kanton Zürich, Recht, Moral und Lebensrealität (1800–1860)*, Zürich 1995.

20 Anne-Françoise Praz, *La modification de la loi sur les enfants illégitimes – Un exemple de la redéfinition des rôles hommes/femmes dans un Etat moderne*, in: *Fribourg et l'Etat fédéral: intégration et politique sociale*, Schriften der Tagung vom April 1998, Editions universitaires, Oktober 1998, S. 131–149.

21 Vgl. Sara Galle, Thomas Meier, *Von Menschen und Akten. Die Aktion «Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute*, Zürich 2009, S. 40.

schen Freiheitsentzugs eingehalten werden; dies die Konsequenz der Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz. Bis dahin konnten Einweisungen in Anstalten – unter anderem auch in Strafanstalten, wenngleich kein Delikt vorlag – auch ohne Entscheid eines unabhängigen Gerichts von den zuständigen Behörden im Alleingang administrativ verfügt werden. Ein einfaches amtliches Schreiben konnte eine teilweise langjährige Anstaltsversorgung bewirken. Ein solches Vorgehen begünstigte willkürliches Handeln und übergang grundlegende Menschenrechte der Versorgten.²²

Betroffene und Gründe für die Fremdplatzierung

Ein relativ klar definierter Kreis von Betroffenen fürsorgerischer Zwangsmassnahmen wird mit den Fahrenden, insbesondere den Jenischen, fassbar, welche die Hauptzielgruppe des von der Stiftung Pro Juventute²³ ins Leben gerufenen Hilfswerks «Kinder der Landstrasse» waren. Die landesweit bezirksweise organisierte, mit dem Staat eng vernetzte, aber private Stiftung spielte eine wichtige Rolle in der Jugendfürsorge. Die Verfolgung der Jenischen durch das dem Zentralsekretariat der Pro Juventute angegliederte Hilfswerk war nur ein Teil dieser landesweiten Tätigkeit. Zwischen 1926 und 1972 wurde vielen jenischen Familien das Sorge-recht über ihre Kinder entzogen, um diese aus dem als ungünstig qualifizierten Einfluss in eine gesellschaftlich akzeptierte Umgebung zu überführen. Neuere Zahlen sprechen hier von schätzungsweise 900 Kindern, die zwangsweise fremd-plaziert wurden, um sie weg von einer fahrenden hin zu einer sesshaften Lebensweise zu bringen. Schon früher jedoch waren jenische Familien Diskriminierungen ausgesetzt. Per Heimatlosengesetz vom 3. Dezember 1850 begann der noch junge Bundesstaat mit der Legalisierung papierloser fahrender Familien, indem er sie Gemeinden zuwies, die fortan auch die an das Bürgerrecht gebundene Armenlast zu tragen hatten. Die Gemeinden und auch manche Kantone wehrten sich, teilweise über Jahrzehnte hinweg, gegen die Zuteilung der unerwünschten Neubürger und behandelten sie auch nach der zwangsweisen Einbürgerung als Bürger zweiter Klasse, die vom Gemeindebesitz an Weiden und Wäldern ausgeschlossen blieben und so in ihrer 'Heimat' höchstens als Hirten oder Holzarbeiter ein Auskommen finden konnten.

22 Vgl. Dominique Strebel, *Weggesperrt. Warum Tausende in der Schweiz unschuldig hinter Gittern sasssen*, Zürich 2010; Tanja Rietmann, «Liederlich» und «arbeitsscheu». *Die administrative Versorgung im Kanton Bern 1884–1981*, Zürich 2013.

23 Die Stiftung Pro Juventute wurde 1912 durch die SGG sowie den Berufsmilitär und Hitler-Förderer Ulrich Wille jun., der sie bis zu seinem Tod 1959 als Stiftungskommissionspräsident leitete, gegründet.

Eine wesentlich grössere und quantitativ schwieriger zu fassende Betroffenengruppe sind die Verdingkinder. Das Verdingkinderwesen hatte besonders in der ländlichen und protestantischen Schweiz eine lange Tradition und wird bereits in Jeremias Gotthelfs *Bauernspiegel* (1837) beschrieben; diese Art der Fremdplatzierung wurde in der Schweiz bis in die 1960er Jahre praktiziert. Die Zahl der Betroffenen für das 19. und 20. Jahrhundert geht in die Hunderttausende. Konkrete Angaben lassen sich aufgrund der undurchsichtigen Aktenlage kaum machen, zumal eine Verdingung nicht selten unter der Hand geschah, ohne aktenkundig zu werden.

Vielen solchen fürsorgerischen Fremdplatzierungen folgten Umplatzierungen der Pflegebefohlenen an andere Pflegeplätze, etwa wegen Nichtbewährung oder aus Kostengründen. Viele Kinder und Jugendliche durchliefen so buchstäblich eine 'Fremdplatzierungs- und Heimkarriere', was zu Entwurzelung und einem Gefühl von Heimatlosigkeit führen konnte. Kinder und Jugendliche, die durch auffälliges oder renitentes Verhalten aneckten, konnten durch Laien, die als Gemeinderäte oder Vormünder amtierten, sowie auf Betreiben von lokalen Autoritätspersonen wie Lehrern oder Pfarrern hin in Anstalten versorgt werden. Die Gesetzgebung erlaubte es bis in die 1980er Jahre, Personen mit sozial unerwünschtem Verhalten auch ohne Vorhandensein eines kriminellen Deliktes und ohne Gerichtsurteil administrativ in eine Anstalt einzuweisen.²⁴ Unter den administrativ Versorgten finden sich auffällig viele Betroffene, die vor ihrer Versorgung bereits in einem Heim oder bei Pflegefamilien untergebracht gewesen waren oder aus unterprivilegierten und zerrütteten Familienverhältnissen stammten. Nur in Ausnahmefällen stammte eine administrativ versorgte Person aus wohlsituerter, intakter Familie.

Weiter gehören zum Betroffenenkreis fürsorgerischer Zwangsmassnahmen diejenigen Jugendlichen, die nach eugenischen Richtlinien sterilisiert oder kastriert wurden. Die Zahl dieser betroffenen Personen geht im 20. Jahrhundert in die Tausende; wie hoch der Anteil Minderjähriger war, ist (noch) nicht zu beziffern. Sicher ist, dass diese Eingriffe nicht selten gegen den Willen der Betroffenen – sowohl geistig Behinderter als auch urteilsfähiger Menschen – und mehrheitlich an weiblichen Personen vorgenommen wurden.

Die oben genannten Betroffenenengruppen sind nicht klar voneinander zu trennen: oftmals wurde ein Heim- oder Verdingkind später administrativ in eine Erziehungsanstalt eingewiesen oder es kam vor, dass ein Mädchen jenuischer Herkunft nach seiner Wegnahme zwangssterilisiert wurde.

24 Vgl. Rietmann 2013, *op. cit.*

Wie oben erwähnt, war Armut lange eine Hauptkonstante im Zusammenhang mit Fremdplatzierungen, wobei die Armut verschiedene Ursachen haben konnte, wie der Tod eines Elternteils, die mageren Einkünfte von Tagelöhnern und Fabrikarbeiterinnen oder eine uneheliche Kindschaft. Die Lebensrealität der betroffenen Unterschichten, die bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts von Armut, schwacher sozialer Sicherung, langen Arbeitstagen, prekärer Wohnsituation in kleinen, überfüllten Wohnungen sowie der finanziellen Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit von Müttern und Kindern geprägt war, widersprach in mancher Hinsicht der angestrebten gesellschaftlichen Ordnung. Die sich verfestigenden bürgerlichen Normen verlangten die Durchsetzung des bürgerlichen Familienmodells, in dem die Frau als Hausfrau und Mutter waltet und der Vater die Ernährerrolle übernimmt. Die Armut verunmöglichte jedoch vielen Unterschichtsfamilien die Einhaltung dieser Norm. Eine Kluft zwischen Realität und angestrebtem Ideal bestand auch hinsichtlich der bürgerlichen Hygiene- und Sittlichkeitsvorstellungen. Das Zusammenleben einer Familie in einem Raum etwa wurde als unsittlich eingestuft, weil die Sexualität der Eltern vor den Kindern nicht verborgen werden konnte. Bei Besuchen von Fürsorgerinnen fokussierten diese stark auf die hygienischen Verhältnisse, etwa die Sauberkeit der Kleider und der Bettwäsche, sowie auf den Zustand des Haushalts. Die Erwerbstätigkeit der Frauen und deren lange Arbeitstage fanden bei der Bewertung einer Haushaltsführung kaum Beachtung.

Diese ausserhalb der Norm stehende Unterschicht wurde zur Hauptzielgruppe der sich ausdifferenzierenden Sozialfürsorge. 'Verwahrlosung' war neben anderen ein Schlüsselwort im Zusammenhang mit Fremdplatzierungen und konnte sich zum einen auf den Lebenswandel der Eltern oder eines Elternteils, zum anderen auf das Verhalten des Kindes in der Schule und Öffentlichkeit beziehen.²⁵ Zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg hat sich das Konstrukt der 'Verwahrlosung' als vager, aber vielfältiger und wirksamer Scharnierbegriff zwischen juristisch-gesetzgeberischen, psychiatrisch-kriminologischen und pädagogisch-fürsorgerischen Diskursen etabliert.²⁶ Als normabweichend und als Grund für eine Fremdplatzierung galten etwa 'Trunksucht', 'Arbeitsscheu', 'Liederlichkeit', 'Vagantität', 'Genussucht' oder schlicht 'Leichtsinn', wobei die allgemein gehaltene Terminologie im Einzelnen ausreichend Interpretationsspielraum liess. Auch die uneheliche Geburt war häufig der Grund für Fremdplatzierungen. Das hier sich

25 Zum Verwahrlosungsdiskurs siehe etwa: Sabine Lippuner, *Bessern und Verwahren: Die Praxis der administrativen Versorgung von «Liederlichen» und «Arbeitsscheuen» in der thurgauischen Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain (19. und frühes 20. Jahrhundert)*, Frauenfeld 2005, S. 30–55.

26 Urs Germann, *Bessernde Humanität statt strengere Strafen. Organisierte Gemeinnützigkeit und die Entwicklung der Jugendstrafrechtspflege im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Beatrice Schumacher, *Freiwillig verpflichtet. Gemeinnütziges Denken und Handeln in der Schweiz seit 1800*, Zürich 2010, S. 213–244, hier: S. 231–232.

öffnende Betätigungsfeld der sozialen Arbeit erfuhr eine eigentliche 'Verwissenschaftlichung', in deren Folge zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine 'rationelle Armenpflege' Einzug hielt, die auf der Beurteilung des Einzelfalls beruhte. Damit einhergingen eine allmähliche Professionalisierung im Sozialbereich und als weitere Folge die Gründungen Sozialer Frauenschulen und der Armenpflegerkonferenz.²⁷

In wissenschaftlichen Gutachten wie in den Einweisungsentscheiden der Fürsorgebehörden ist ein Mix an eugenischen, psychiatrischen und moralisch-pädagogischen Einweisungsgründen sowie finanziellen Überlegungen auszumachen.²⁸ Massnahmen waren dabei selten einzig eugenisch begründet. Eugenisches Gedankengut, das eine Klassifizierung in 'höher- und minderwertig' beinhaltete, floss ganz ausgeprägt in den 1930er und 1940er Jahren in die Bewertungspraxis ein. Diese 'Höherwertigkeit' sahen Eugeniker durch die Zivilisation selbst in Gefahr, weil der medizinische Fortschritt und die Fürsorge in den Metropolen 'erblich minderwertige', untüchtige Menschen – sogenannte 'Ballastexistenzen' – am Leben erhalte, was die Gesundheit des 'Volkskörpers' gefährde, ausser es werde durch gezielte bevölkerungspolitische Massnahmen wie Internierung, Sterilisation und Kastration der Ausschluss der 'erblich Minderwertigen' von der Fortpflanzung sichergestellt. Eine Fremdplatzierung, vor allem wenn ihr eine psychiatrische, kinderpsychologische oder schulpyschologische Begutachtung vorangegangen war, stand häufig am Beginn der behördlichen und ärztlichen Einstufung als 'erblich minderwertig'.²⁹ In den grösseren Städten – anderswo gab es keine – spielten die Schulärzte eine wichtige Rolle bei der Aussonderung 'Abnormaler' aus der Normschule in Sonderschulen und Schulheime.

Die Aussagen Betroffener zeigen ein differenziertes Bild von deren Wahrnehmung ihrer Fremdplatzierung. Die meisten berichten sowohl von negativen als auch von positiven Erlebnissen. In vielen Schilderungen überwiegen negative Erinnerungen an die Zeit im Heim oder in einer Pflegefamilie. Erzählt wird aber auch, wenn sie – oft nur phasenweise und nicht an allen Plätzen, an denen sie auf-

27 Seglias 2013, *op. cit.*, S. 30; Sonja Matter, *Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz (1900–1960)*, Zürich 2011.

28 Vgl. u.a. Gisela Hauss *et al.* (Hg.), *Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950)*, Zürich 2012; Véronique Mottier, Laura von Mandach (Hg.), *Pflege, Stigmatisierung und Eugenik. Integration und Ausschluss in Medizin, Psychiatrie und Sozialhilfe*, Zürich 2007.

29 Fallgeschichten mit 'eugenischem' Hintergrund, von Kindswegnahmen über Eheverbote bis zu Zwangssterilisationen und Kastrationen, sind dokumentiert in: Geneviève Heller, Gilles Jeanmonod, Jacques Gasser, *Rejetées, rebelles, mal adaptées. Débats sur l'eugénisme, pratiques de la stérilisation non volontaire en Suisse romande au XX^e siècle*, Genève 2002, und in: Thomas Huonker, *Diagnose «moralisch defekt». Kastration, Sterilisation und Rassenhygiene im Dienst der Schweizer Sozialpolitik und Psychiatrie 1890–1970*, Zürich 2003. Der Fall eines als Kind von seinen illegal eingereisten Eltern getrennten Sinto, der in der Folge lebenslänglich in Anstalten verblieb und 1934 kastriert wurde, ist dokumentiert in: Thomas Huonker, Regula Ludi, *Roms, Sintis et Yéniches. La «politique tsigane» suisse à l'époque du national-socialisme*, Lausanne 2009, postface, S. 108–117.

wuchsen – gut gepflegt und gefördert wurden. Doch selbst in diesen Fällen resultieren aus der Fremdplatzierung, die oft, speziell auch bei Adoptionen, mit der Isolation von den leiblichen Eltern und Geschwistern einherging, vielfach Identitätsprobleme. Erst ab 1987 erhalten Fremdplatzierte und Adoptierte dank eines richtungweisenden Bundesgerichtsentscheids das Recht auf Akteneinsicht, um ihre Herkunft und Lebensgeschichte rekonstruieren und allfällige Fehler in den Akten berichtigen zu können.³⁰

Aufsicht, Verantwortlichkeiten, Bedeutung

Die staatliche Aufsicht über die fremdplatzierten Kinder und Jugendlichen wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts auf der Ebene der Gesetze und Verordnungen zunehmend ausgebaut. Dabei geriet auch die in der Schweiz prominent vertretene private Fürsorge verstärkt ins Visier, wandte diese doch auch Zwangsmittel an – etwa durch das Betreiben von geschlossenen Erziehungsanstalten oder die Durchführung von behördlich verordneten Fremdplatzierungen. Diese Delegation von Aufgaben an Private verlangte nach einer entsprechenden staatlichen Aufsicht. Wie Untersuchungen aufzeigen,³¹ waren die Aufsichtspflichten gegenüber privaten wie staatlichen Fürsorgeinstitutionen sowie Pflegefamilien jedoch teilweise äusserst vage formuliert und liessen den Aufsichtsinstanzen entsprechend viel Spielraum. Etwa war nicht immer festgeschrieben, wie oft die Aufsicht auszuüben war oder was und wie genau beaufsichtigt werden sollte. Zudem blieb die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufsichtspflichten in der Praxis oft mangelhaft. Die Kontrollen waren sporadisch und oberflächlich, die Aufsichtsgremien eng mit den ihnen unterstellten Akteuren verbunden. Meist sprachen die Vormunde, Jugendfürsorger oder Armeninspektoren, abgesehen von generellen Ermahnungen an die Fremdplatzierten, hauptsächlich mit den Heimleitern und Pflegeeltern. Fremdplatzierte Kinder, die dennoch versuchten, mit Klagen über Missstände in der Fremdplatzierung Gehör zu finden, wurden vielfach noch stärker misshandelt, als Lügner bezeichnet und in andere Pflegefamilien oder in als

30 Vgl. Alexander Dubach, *Das Recht auf Akteneinsicht*, Dissertation Universität Bern, Zürich 1990. Der erwähnte Bundesgerichtsentscheid ist BGE 113 IA 257 vom 3. Juni 1987. BGE 1P.460/2001 vom 4. März 2002 statuiert ausdrücklich, dass gegenüber dem volljährigen Adoptivkind die Bekanntgabe der Identität der leiblichen Eltern auch gegen deren Willen erfolgen muss.

31 Martina Akermann, Markus Furrer, Sabine Jenzer, *Bericht Kinderheime im Kanton Luzern, Zeitraum 1930–1970*, Luzern 2012, S. 62–76; Sabine Jenzer, *Die Dirne, die Bürger und der Staat. Private Heimerziehung für weibliche Jugendliche und die Anfänge des Sozialstaates in der Schweiz, 1870–1940*, Kap. Der Sonderstatus der Privatheime (Erscheinungsdatum: Frühjahr 2014); Leuenberger *et al.* 2011, *op. cit.*, S. 28–99; Martina Akermann, Sabine Jenzer, Thomas Meier, Janine Vollenweider, *Kinderheim und Sekundarschule St. Iddazell. Eine historische Untersuchung*, 2014, S. 138–152, vgl. www.landesgeschichte.ch/fischingen.html.

‘härter’ eingestufte Anstalten platziert. Nur in seltenen Fällen kam es vor, dass deliktische Fremdbetreuer bestraft wurden und die Mündel an bessere Plätze oder zurück zu ihren Eltern kamen.³² Finanzielle Überlegungen spielten bei der Aufsicht eine wichtige Rolle, war doch eine wirkungsvolle Umsetzung mit Kosten verbunden. Gegenüber der privaten Fürsorge vermochte zudem lange Zeit die Einstellung zu dominieren, dass diese eine Lücke im staatlichen System fülle und entsprechend möglichst entgegenkommend behandelt werden solle.³³

Im Fokus der Aufsicht standen noch bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts weniger das psychische Befinden und individuelle Wohl des platzierten Kindes oder Jugendlichen, sondern weit ausgeprägter die hygienischen und materiellen Verhältnisse sowie verwaltungstechnische und finanzielle Fragen.³⁴ Die Versorgung musste zweckmässig und kostengünstig sein. Bezeichnenderweise sassen in heiminternen Aufsichtskommissionen, wie eine Untersuchung zu Aufsichtskommissionen in Luzerner Kinderheimen bis 1970 zeigt, viele Personen mit ökonomischem oder juristischem Hintergrund, Personen aus der Verwaltung und der Politik sowie meist Ärzte.³⁵ Kaum vertreten waren hingegen sozialpädagogisch geschulte Fachleute.

Die mangelhafte Aufsicht wurde zwar immer wieder in politischen Debatten und im Zuge der Heimkritik thematisiert. Trotz Ausbau der Aufsicht über die fremdplatzierten Kinder und Jugendlichen im Laufe des 20. Jahrhunderts sowie allmählich stärkerer Fokussierung auf das individuelle Kindeswohl seit den 1950er Jahren ist die Aufsicht über die fremdplatzierten Kinder und Jugendliche auch heute noch eine Schwachstelle im System.³⁶

Aufsichtspflichten hatten zahlreiche Instanzen inne: In Heimen etwa waren dies spezifische Aufsichtskommissionen. So unterstanden staatliche Heime staatlichen Aufsichtskommissionen, Privatheime hingegen meist einer eigenen Auf-

32 An Schützlingen verging sich z.B. erwiesenermassen Alfred Siegfried, der Gründer und Leiter des «Hilfswerks für die Kinder der Landstrasse» von 1925 bis 1958, sowie sein Nachfolger, der deswegen zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde. Zum Diskurs im Vorfeld der Einrichtung der Amtsvormundschaften und der Einführung des neuen ZGB betreffend Misshandlung und sexuellen Missbrauch in ‘verwahrlosten’ Familien vgl. Elena Wilhelm, *Rationalisierung der Jugendfürsorge. Die Herausbildung neuer Steuerungsformen des Sozialen zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Bern 2005; das Buch enthält auch eine CD mit weiteren Quellentexten.

33 Jenzer 2014, *op. cit.*

34 Markus Ries, Valentin Beck, *Die katholische Kirche und die Gewalt in der Heimerziehung*, in: Ries, Beck 2013, *op. cit.*; Jenzer 2014, *op. cit.*; Akermann, Furrer, Jenzer 2012, *op. cit.*, S. 71. Zum Wandel der Ausrichtung der Aufsicht vgl. Leuenberger *et al.* 2011, *op. cit.*, S. 28–99; Ernst Guggisberg, Der Armen Erziehungsverein des Bezirks Baden als Vertreter der privaten Jugendfürsorge im Kanton Aargau 1920–1940, in: *Argovia*, 121 (2009) S. 165–191.

35 Akermann, Furrer, Jenzer 2012, *op. cit.*, S. 74–76.

36 Leuenberger *et al.* 2011, *op. cit.*, S. 56; Marco Leuenberger, Loretta Seglias, *Geprägt fürs Leben – Das Schweizer Verdingkinderwesen im 20. Jahrhundert: ein (schweizerischer) Sonderfall?*, Kap. Gesetzliche Bestimmungen (voraussichtliches Erscheinungsjahr 2014).

sichtskommission, in die jedoch teilweise Behörden Einsitz verlangten. Bei Heimen, die von katholischem Ordenspersonal geführt wurden, unterstand die Anstalt zudem einer kirchlichen Aufsicht des Bischofs sowie der Generaloberin oder des Generaloberen des Ordens.³⁷ Aufsichtspflichtig waren je nach Kanton auch andere staatliche oder kommunale Instanzen – etwa Schulinspektoren, die einweisende Behörde, die Jugendämter, das Gesundheitsamt, die Pflegekinderaufsicht, Jugendschutzkommissionen etc.

Diese zahlreichen staatlichen, kommunalen und privaten Aufsichtsinstanzen waren mitverantwortlich für die Zustände im System der Fremdplatzierung. Aber auch andere staatliche, parastaatliche und private Akteure trugen eine Verantwortung: einweisende Instanzen, rechtssprechende und rechtssetzende Instanzen, Personen mit erzieherischer Funktion (Pflegeeltern, Heimpersonal), Träger von Anstalten, Nachbarn und Lehrpersonen der in Familien Fremdplatzierten, Eltern, die das System guthiessen und mittrugen (wenn diese unter den Eltern auch eine Minderheit bilden mochten), die ‘Wissenschaften’, die mit ihren Theorien und den von ihnen verfassten Gutachten die Ausgestaltung der Fremdplatzierung prägten (allen voran die Psychiatrie und Pädagogik), sowie die Gesellschaft, die das System trotz verbreitetem ‘Wissen’ über Missstände und trotz immer wieder laut werdenden kritischen Stimmen passiv aufrechterhielt – begleitet durch einen gewissen gesellschaftlichen Konsens über die ‘Verwahrlosung’ und ‘Schwererziehbarkeit’ der fremdplatzierten Kinder und Jugendlichen sowie über die ‘Unfähigkeit’ von deren Eltern, ihre Kinder ‘richtig’ zu erziehen.³⁸

Dieser ‘dunkle Fleck’ in der Schweizer Geschichte fand erst in jüngster Zeit vermehrte Aufmerksamkeit. In den westlichen Gesellschaften ist ein Wandel weg vom Vergessen und Verdrängen hin zum Erinnern und Aufarbeiten zu konstatieren.³⁹ In diesem Zusammenhang finden auch die Betroffenen vermehrt Gehör, die zuvor kaum eine Stimme hatten. Von ihnen existieren kaum schriftliche Quellen, und ihre Aussagen wurden lange Zeit nicht zur Kenntnis genommen oder gar als unwahr erachtet. Dieser Sammelband zeigt, dass das Thema in der Forschung

37 Ries, Beck 2013, *op. cit.*

38 Vgl. Akermann, Furrer, Jenzer 2012, *op. cit.*, S. 129–13; *Abschlussbericht des Runden Tisches «Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren» in Deutschland*, 2010, S. 29f., <http://www.rundertisch-heimerziehung.de/downloads.htm>.

39 Vgl. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006; Martin Sabrow, *Zeitgeschichte. Das Unbehagen an der Aufarbeitung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Januar 2009, <http://www.faz.net/s/RubCF3AEB154CE-64960822FA5429A182360/Doc~EE9121FA1387-144A7A8946235D0020AA9~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (30.10.2012); sowie (mit Hinweisen zu weiterer Literatur). Markus Furrer, *Erinnerung und Aufarbeitung – am Beispiel der Untersuchung der Vorkommnisse in Kinderheimen im Kanton Luzern*, in: Peter Gautschi, Barbara Sommer Häller (Hg.), *Der Beitrag von Schulen und Hochschulen zu Erinnerungskulturen*, Schwalbach a. Ts. 2014, S. 218–231.

angekommen ist: In jüngster Zeit mehrten sich die Untersuchungen zur sozialen Arbeit in der Schweiz. Dies ist aber erst der Anfang, denn es ist weiterhin Forschung notwendig, um diesen 'dunklen Fleck' in seiner ganzen Komplexität und Bandbreite noch besser erfassen zu können. Forschung ist einerseits nötig, weil die Betroffenen ein Recht auf ihre Geschichte haben. Andererseits ist sie unumgänglich, damit vergangene Fehler nicht wieder von neuem begangen werden. Im Bereich der Fremdplatzierung in Familien und Heimen fanden zwar tiefgreifende Reformen statt und es ist ein grösseres Problembewusstsein vorhanden. Trotzdem bedarf der Umgang mit Kindern und Jugendlichen einer ständigen kritischen Überprüfung. Die Geschichte ist nicht einfach abgeschlossen. Problembereiche können auch unerkannt weiterbestehen, und zudem können neue Problemfelder auftauchen.

Struktur des Sammelbandes

Der Band umfasst 29 Beiträge aus der Schweiz mit Einbezug der verschiedenen Sprachregionen. Transnationale Herleitungen und internationale Vergleiche sind enthalten, doch der Fokus ist auf die schweizerische Aufarbeitung gerichtet. Während einige Beiträge sich auf bereits erfolgte Untersuchungen und Ergebnisse aus Studien der vergangenen Jahre beziehen und zeigen, welche Forschungen dazu getätigt worden sind, macht eine andere Gruppe von Artikeln Aussagen zu noch laufenden Forschungsprojekten, zu denen erste Ergebnisse veröffentlicht werden können. So bietet dieser Sammelband erstmals einen Überblick zur Geschichte der Fremdplatzierung in der Schweiz.

Das Buch ist in vier Teile gegliedert, wobei die Zuordnung der Beiträge aufgrund ihrer Vielschichtigkeit nicht immer ganz einfach war: Der erste Teil, überschrieben mit «Gesellschaft, Sozialpolitik und Institutionen», enthält Darstellungen von Institutionen sowie von spezifischen Aspekten des Fürsorgewesens und der Gesellschaft; die Beiträge des Teils «Diskurse und Tabuisierungen» beschäftigen sich mit spezifischen Diskursen. Die Beiträge des dritten Teils, «Biografien und Interventionen», nehmen Darstellungen spezifischer betroffener Gruppen in den Fokus; mit methodischen und quellenspezifischen Fragen sowie mit den Folgen und Auswirkungen der Fremdplatzierung beschäftigen sich die Beiträge im vierten Teil mit dem Titel «Quellen, Methoden und Folgen».

Der Zeitraum, der in diesem Sammelband behandelt wird, erstreckt sich von 1850 bis 1980. Auch wenn dieser Zeitraum keinen eigentlichen Epochencharakter aufweist und die Übergänge fließend sind, lassen sich doch Kontinuitäten in verschiedenen Bereichen ausmachen.

Als Herausgeber dieses Gemeinschaftswerk verfolgen wir ein zweifaches Ziel: Zum einen stellt die Publikation die Geschichte eines Forschungsbereichs dar, der

sich in einem regen Entwicklungsprozess befindet. Zum anderen soll sie, so hoffen wir, einen Beitrag zur politischen und öffentlichen Debatte über die kritische Aufarbeitung dieses Kapitels der Schweizer Sozialgeschichte leisten. Dieses Unterfangen, in der Romandie von der Aktivistin Louissette Buchard, selbst ehemals Verdingkind, initiiert und von Betroffenen-Verbänden in der ganzen Schweiz weitergeführt, ist darauf angewiesen, sich auf fundierte und sachliche Forschungsarbeit stützen zu können.

¹ *Anna Regina Schwaninger*, «Die Arbeiterliche Perspektive», in: *Markus Lenz*, *Verdammte Dörfer* (Hg.), Zürich: Atavus, Pöhlgen und Gasser, 2013, 117–134, 117–118. *Die Arbeiterliche Perspektive* ist ein Sammelband, der 2013 im Pöhlgen und Gasser Verlag erschienen ist. Er enthält 12 Beiträge von verschiedenen Autorinnen und Autoren, die sich mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz auseinandersetzen. Die Beiträge sind in drei Teile gegliedert: Der erste Teil beschäftigt sich mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz, der zweite Teil mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz und der dritte Teil mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz.

² *Die Arbeiterliche Perspektive*, 117–134, 117–118. *Die Arbeiterliche Perspektive* ist ein Sammelband, der 2013 im Pöhlgen und Gasser Verlag erschienen ist. Er enthält 12 Beiträge von verschiedenen Autorinnen und Autoren, die sich mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz auseinandersetzen. Die Beiträge sind in drei Teile gegliedert: Der erste Teil beschäftigt sich mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz, der zweite Teil mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz und der dritte Teil mit der Arbeiterbewegung in der Schweiz.

Introduction

Markus Furrer, Kevin Heiniger, Thomas Huonker, Sabine Jenzer,
Anne-Françoise Praz

Grandir dans sa propre famille, tel est en Suisse, aujourd'hui comme hier, le destin de la plupart des enfants.¹ L'option du placement dans une autre famille ou dans une institution n'est envisagée qu'en deuxième recours. Le destin de ces enfants – y compris des détenu·e·s us dans des établissements correctionnels – est aujourd'hui considéré comme composante de la question de l'Etat social, de la lutte contre la pauvreté et la marginalité. Durant des années, la question du placement d'enfants est restée occultée. Ce sont les personnes concernées elles-mêmes qui ont enclenché un travail de mémoire, en prenant la parole après des années de silence et de non-reconnaissance. A l'instar des processus enclenchés récemment en Europe pour divers sujets «sensibles», on constate que le besoin de mémoire et de reconstruction historique prend toujours davantage le pas sur le refoulement.² Ce nouveau contexte donne une voix aux personnes concernées et leurs témoignages, longtemps ignorés ou qualifiés de mensonges, ont aujourd'hui droit de cité dans l'espace public. Les historien·ne·s ont pris le relais, et le champ de recherche de l'enfance placée est actuellement en plein développement. L'ambition de cet ouvrage collectif, qui couvre les trois régions linguistiques suisses, est de proposer une synthèse des travaux terminés et des projets en cours. La présente introduction s'attache surtout à dégager les apports principaux des recherches récentes sur le placement, la politique d'assistance et d'encadrement de la jeunesse. Ces éléments permettront de situer les diverses contributions dans un contexte, susceptible d'éclairer la logique de certaines pratiques qui nous scandalisent aujourd'hui.

1 Loretta Seglias, Heimerziehung – eine historische Perspektive, in: Markus Ries, Valentin Beck (Hg.), *Hinter Mauern. Fürsorge und Gewalt in kirchlich geführten Erziehungsanstalten im Kanton Luzern*, Zürich 2013, p. 19. Le concept de placement désigne ici une forme substitutive d'élevage et d'éducation des enfants, lorsque la famille est absente ou jugée inapte. Ce terme ne recouvre pas d'autres pratiques d'éducation en dehors du cadre familial, comme le cas des enfants de certaines classes sociales scolarisés dans des internats. (Martin Lengwiler, Gisela Hauss, Thomas Gabriel, Anne-Françoise Praz, Urs Germann, *Bestandesaufnahme der bestehenden Forschung in Sachen Verding- und Heimkinder. Bericht zuhanden des Bundesamts für Justiz EJPD*, Basel 2013).

2 Cf. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, Munich 2006; Martin Sabrow, Zeitgeschichte. Das Unbehagen an der Aufarbeitung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12 janvier 2009.

Conditions socio-économiques, famille et statut de l'enfant

La pauvreté est l'une des motivations principales du placement d'enfants. Au cours du XX^e siècle, les transformations socio-économiques liées à la révolution industrielle entraînent de nouvelles catégories dans une précarité temporaire ou permanente: aux indigents traditionnels viennent s'ajouter les familles paysannes touchées par les restructurations de l'agriculture et l'endettement des domaines,³ les artisans/commerçants concurrencés par la fabrique ou les grands magasins, les familles ouvrières frappées par le chômage récurrent ou la hausse du coût de la vie. Ces situations difficiles persistent jusqu'au milieu du XX^e siècle, aggravées par l'inflation et les privations de la Première Guerre mondiale et par les graves crises de l'entre-deux-guerres. Sans forcément manquer du nécessaire, bien des familles vivent de manière très précaire; le moindre imprévu (maladie, accident, chômage, perte d'un proche), à l'époque peu couvert par les assurances sociales, fait basculer dans l'indigence. Nombre de placements sont ainsi la conséquence d'une rupture dans le cycle de vie familial, souvent le décès d'un parent.

Vers la fin du XX^e siècle, les transformations économiques et les réformes institutionnelles provoquent le recul de la fonction économique des enfants. Jusque-là, dans les familles populaires et de petite classe moyenne, la force de travail des enfants ou leur revenu est indispensable au fonctionnement de l'économie du ménage. Qu'il s'agisse d'une exploitation paysanne, d'un petit commerce ou artisanat, d'une famille ouvrière, le travail des enfants est une évidence et une nécessité. Or, en interdisant le travail en usine au-dessous de 14 ans (loi sur les fabriques de 1877), en instituant la scolarisation obligatoire (Constitution fédérale de 1874), l'Etat entrave le travail des enfants pour la famille, lui opposant le principe du droit de l'enfant l'instruction.⁴ Un autre enjeu motive les responsables politiques: le relèvement général de la formation constitue un atout pour la compétitivité économique, dans un contexte d'expansion internationale du capitalisme où l'amélioration du capital humain devient cruciale, à tous les échelons de la main-d'œuvre.

A qui appartiennent le temps et la force de travail des enfants? La question engendre un conflit aigu entre autorités cantonales, communales, et chefs de famille, en particulier dans les régions rurales, ainsi qu'en témoigne la longue bataille contre l'absentéisme scolaire. Progressivement, le nouveau statut de l'enfant gagne du terrain, par l'action des autorités mais aussi par la demande sociale des familles, dès qu'elles perçoivent les opportunités d'une ascension sociale par l'éducation.

3 Python Francis, Une approche historique des placements d'enfants, in: *Annales fribourgeoises*, 74 (2012) pp. 199–204.

4 Anne-Françoise Praz, *De l'enfant utile à l'enfant précieux – Filles et garçons dans les cantons de Vaud et Fribourg*, Lausanne 2005.

Toutefois, une analyse approfondie montre que cette victoire apparente du droit des enfants est obtenue au prix de concessions importantes, sacrifiant certaines catégories. Dans certains cantons catholiques, ce droit à l'instruction ne se décline qu'au masculin. Le laxisme dans le contrôle de l'absentéisme scolaire des filles permet aux parents de continuer à utiliser leur travail, parfois pour financer la formation de leurs frères.⁵ Autre catégorie en marge de cette évolution, les enfants assistés et placés, dont on juge qu'ils ne 'méritent' pas cet investissement dans le capital humain. En raison de préjugés tenaces, on continue à les considérer comme 'inéducables', forcément 'vicieux', censés 'expier' les fautes de leurs parents. Mais surtout, ces enfants sans soutien ni réseau constituent un recours commode pour atténuer les problèmes des secteurs économiques en difficulté. C'est notamment le cas dans l'agriculture, en proie à des crises structurelles, où les enfants placés compensent la pénurie récurrente de domestiques.⁶ L'existence d'un réservoir de main d'œuvre et bon marché s'oppose ainsi à un investissement dans la formation de ces enfants, les condamnant à un avenir précaire dans des emplois non qualifiés.

La modification de la loi sur les enfants illégitimes, une proportion importante des enfants placés, explique aussi la précarité qui touche cette catégorie. Dans la foulée du Code civil français (1804), progressivement copié par les cantons suisses au cours du XX^e siècle, la procédure traditionnelle de recherche en paternité est abolie. Cette pratique obligeait les autorités à engager d'office une enquête pour déterminer l'identité du père et l'obliger à participer à l'entretien de l'enfant. Avec sa suppression, la responsabilité des enfants illégitimes repose désormais sur les seules mères, puisque rares sont les pères qui reconnaissent volontairement leur enfant.⁷ Les partisans de cette réforme se situent dans une conception libérale de l'Etat, garant des droits individuels (masculins), menacés par les dénonciations en paternité qui peuvent salir la réputation d'un homme, alors qu'un tel atout devient important pour l'ascension sociale. Ce nouvel Etat libéral et laïc ne sanctionne plus les écarts de morale, mais il assigne aux femmes le rôle de gardienne des bonnes mœurs. Selon l'argumentation de certains députés, il faut reporter sur les femmes l'entière responsabilité des naissances illégitimes pour les inciter à 'mieux se conduire', à 'retrouver leur pudeur naturelle', contribuant ainsi au relèvement

5 Anne-Françoise Praz, Institutional constraints and intra-family inequalities in access to education. Swiss federalism and the gendered well-being of siblings (Switzerland 1880–1930), in: Tindara Addabbo, Marie-Pierre Arrizabalaga, Christina Borderias et Alastair Owens (eds.), *Home, Work and Family. Gender and Well-being in Modern Europe*, Aldershot (UK), Burlington (USA) pp. 197–217.

6 Marco Leuenberger, Loretta Seglias (Hg.), *Versorgt und vergessen. Ehemalige Verdingkinder erzählen*, Zürich 2009 (paru en français sous le titre *Enfances placées, enfances perdues*).

7 Eva Sutter, *Ein Act des Leichtsinns und der Sünde. Illegitimität in Kanton Zürich, Recht, Moral und Lebensrealität (1800–1860)*, Zurich 1995.

moral de l'ensemble de la société.⁸ Les réalités sont plus triviales: en l'absence d'une contribution du père, ces mères sont souvent dénuées de ressources et doivent recourir à l'assistance communale qui place alors l'enfant. Le Code civil suisse de 1907 modifie à peine cette asymétrie des responsabilités: les mères ont désormais la possibilité d'intenter une action en justice pour réclamer une pension, mais à des conditions très strictes, et seulement si leur conduite est jugée absolument irréprochable. Ce n'est que la révision du droit de l'enfant de 1978 qui supprimera dans le Code civil l'inégalité entre enfants légitimes et illégitimes.

Politique d'assistance, acteurs, institutions et réglementations

En l'absence de parents, de réseau familial et de ressources pour assurer leur entretien, les enfants assistés tombent à la charge de leur commune. Dans le système fédéral suisse, l'assistance relève dès 1848 de la compétence des communes, les cantons et la Confédération n'étant qu'indirectement concernés. Le principe de l'assistance de l'indigent par la commune d'origine, qui remonte à la Diète fédérale de 1551, est confirmé dans la Constitution de 1874. Ce n'est qu'en 1975 qu'il fera l'objet d'un nouvel article constitutionnel (art. 48) stipulant que l'assistance des personnes dans le besoin incombe au canton sur le territoire duquel elles se trouvent.⁹ Cette organisation de l'assistance entraîne une conséquence importante: l'octroi de la citoyenneté suisse, étroitement lié au devoir d'assistance, relève lui aussi des communes. Du moins, dans les cantons où l'assistance est liée au lieu d'origine, c'est à dire dans la plupart des cantons suisses. Les cantons de Berne et de Neuchâtel qui, après l'adaptation de leurs lois sur les pauvres en 1857 et 1889, ont opté pour le principe de l'assistance par le lieu de domicile, font figure d'exception. Ainsi, dans de nombreuses régions pauvres et excentrées, il incombe aux communes de subvenir aux besoins d'assistance de tous leurs ressortissants, y compris ceux qui ont émigré dans d'autres communes.

L'assistance communale favorise les inégalités de traitements entre enfants placés. En effet, la qualité du placement, dépend largement des ressources de la commune, et la plupart d'entre elles se soucient principalement de limiter les dépenses. Une étude menée dans deux communes bernoises démontre que la plupart des enfants ne sont pas placés suite à leur mauvaise conduite, mais davantage pour dé-

8 Anne-Françoise Praz, La modification de la loi sur les enfants illégitimes – Un exemple de la redéfinition des rôles hommes/femmes dans un Etat moderne, in: *Fribourg et l'Etat fédéral: intégration et politique sociale*, actes du colloque d'avril 1998, Fribourg, octobre 1998, pp. 131–149.

9 Jean-Pierre Tabin, La dénonciation du 'tourisme social': un ingrédient de la rhétorique 'réactionnaire' contre l'Etat social, in: *Swiss Journal of Sociology*, 31, 1 (2005) pp. 103–122.

charger les communes du soutien aux familles nombreuses.¹⁰ Au XIX^e siècle, plus rarement au XX^e, des mises au rabais ou «mises à l'envers» des enfants sont organisées, notamment dans les cantons de Berne et Fribourg; l'enfant est adjudgé et placé dans la famille qui réclame la plus petite pension ou même, aucune pension du tout. Souvent, ces «enchères» se déroulent sur les mêmes marchés où les valets et servantes viennent proposer leurs services.

Dès la seconde moitié du XIX^e siècle, la législation et les réglementations d'assistance relèvent des cantons, qui ont également comme tâche de contrôler les communes en la matière. Du point de vue financier, l'Etat fédéral se contente de soutenir l'assistance par les recettes du monopole de l'alcool, laissant aux cantons et communes l'essentiel de la prise en charge. Or, de nombreux besoins ne sont pas couverts, ce qui suscite l'action des organisations privées et religieuses dans la prise en charge de la pauvreté et d'une partie des systèmes scolaire et de santé publique. C'est surtout dans le domaine de la politique sociale et de l'assistance que les institutions privées consolident leur position. La Société suisse d'utilité publique (SSUP) s'établit comme inspiratrice et coordinatrice au niveau national et fonde plusieurs foyers d'éducation.¹¹ Certaines compétences d'assistance restent dans le giron des églises, y compris dans les cantons protestants.¹²

L'importance de l'action privée ou religieuse dans le placement d'enfants s'observe également dans la continuité de cette forme de prise en charge jusqu'au dernier tiers du XX^e. La consolidation des organismes de tutelle et l'élargissement de leurs compétences n'ont pas profité à la mise en place d'institutions publiques. Pour des raisons financières, les autorités préfèrent placer les pupilles chez des privés ou dans des instituts religieux. En plus des instances étatiques, ce sont les associations et fondations privées qui s'activent pour le placement des enfants. A Berne, par exemple, c'est le cas de la fondation cantonale Gotthelf,¹³ à Soleure, à Bâle-Campagne, en Argovie et en Thurgovie ce sont les associations d'éducation

10 Marco Leuenberger, Leo Mani, Simone Rudin, Loretta Seglias, «Die Behörde beschliesst» – zum Wohl des Kindes? Fremdplazierte Kinder im Kanton Bern 1912–1978, Baden 2011, p. 188.

11 Entre autres Bächtelen BE, Sonnenberg LU, foyer pour jeunes filles à Richterswil. Souvent lancés par une initiative privée, ces foyers sont fondés en grande partie dans le dernier tiers du XIX^e siècle. Cette tendance va de pair avec une spécialisation et une différenciation des pensionnaires: orphelinats pour enfants trouvés, prisons, maisons de travail pour adultes, homes pour alcooliques, personnes âgées, asiles psychiatriques. La séparation selon l'âge et la raison de l'internement n'a cependant longtemps pas été respectée et de nombreux enfants ou adolescents ont été placés dans des prisons pour adultes ou des cliniques psychiatriques. Beatrice Schumacher, *Freiwillig verpflichtet. Gemeinnütziges Denken und Handeln in der Schweiz seit 1800*, Zürich 2010.

12 Parmi les champs d'action des bienfaiteurs privés ou religieux, on notera la création de foyers d'accueil pour indigents, de maisons de redressement pour les pauvres, de dispensaires pour enfants, d'institutions éducatives pour garçons ou filles, d'instituts pour filles «débauchées», de foyers pour mères et nourrissons.

13 Cf. leurs rapports annuels dès 1888 ainsi que leurs statuts du 22 novembre 1936 dans les successions de Carl Albert Loosli ainsi que de Moritz von Schiferli, *Die Gotthelf-Stiftung. Verein zur Erziehung*

des pauvres¹⁴ ainsi que les différentes sections cantonales de la SSUP. Même des fondations religieuses organisent le placement d'enfants, de manière temporaire, ou définitive par le biais de l'adoption; elles élargissent leur offre d'institutions de placement en fondant des foyers d'observation.¹⁵ Dans les cantons de Genève, Vaud et Neuchâtel, l'aide à l'enfance est organisée relativement tôt par des services cantonaux. Mais également dans le cas d'une action plus active de l'Etat, les institutions privées assument encore souvent le volet organisationnel et financier du placement. Parfois, la prise en charge relève entièrement de fondations privées ou religieuses.¹⁶

Le placement en institution des enfants en difficulté, de milieux défavorisés surtout, connaît le même phénomène que le placement en famille d'accueil: moins la pension est chère, plus l'institution est sollicitée. Différents ouvrages de référence contiennent des indications sur les frais de pensions des institutions de placement, à l'instar du manuel de travail social en Suisse publié par la SSUP (1933) ou du registre des foyers pour enfants en difficultés socio-éducatives ou abandonnés édité par le *Schweizerischer Verband für Schwererziehbare*. Il en ressort que les frais de pension varient beaucoup d'une institution à l'autre.¹⁷ La concurrence entre les différents foyers entraîne un traitement inégal des enfants: plus l'allocation payée par les autorités est basse, plus les enfants doivent compenser ce manque à gagner par un dur labeur dans les jardins, les écuries et les champs appartenant à l'institution. L'alimentation servie aux enfants, souvent monotone et déficiente selon des témoignages, est également une conséquence directe de cette concurrence. Dans cette logique, les autorités préfèrent les foyers dotés d'un personnel peu coûteux, ce qui signifie souvent peu qualifié. Le salaire du personnel religieux consiste par exemple essentiellement en vêtements, nourriture et logement. De plus, la même pression économique pousse les institutions à engager le moins de

armer und verwahrloster Kinder im Canton Bern, Berlin 1902. Cette fondation organisait des sections dans de nombreuses régions urbaines bernoises.

14 Cf. l'article d'Ernst Guggisberg dans ce volume.

15 Fritz Spieler, Josephine Kramer, *Bau und Aufgaben einer heilpädagogischen Beobachtungsstation*, Luzern 1948.

16 Martine Ruchat, *L'oiseau et le cachot. Naissance de l'éducation correctionnelle en Suisse romande 1800–1913*, Genève 1993; Pierre Avanzino, *Histoires de l'éducation spécialisée 1827–1970. Les arcanes du placement institutionnel. De l'enfant abandonné à l'enfant inadapté de l'Asile rural à la Maison d'éducation. Etude historique vue à travers un analyseur: l'Ecole Pestalozzi à Echichens*, Lausanne 1993; Martine Ruchat, *Les chroniques du mal: le journal de l'éducation correctionnelle, 1859–1918*, Genève 1998.

17 En 1933, les homes meilleur marché demandent moins d'un franc de pension par jour (Rathausen LU, 250.– Fr. par année, orphelinat d'Einsiedeln 15–30.– Fr. par mois, institution Sully-Lambelet, Les Verrières, 200.– Fr par année). En 1933, la norme répandue est d'un franc par jour et par enfant. Mais beaucoup de homes demandent deux francs ou davantage.

personnel possible, ce qui favorise leur surcharge de travail et péjore l'encadrement des enfants.

Du point de vue de la protection de l'enfance, les articles (283–289) du Code civil suisse de 1907 entrés en vigueur en 1912, constituent l'un des points central du système d'assistance. Un manquement au devoir parental (art. 283) ainsi que la négligence ou la mise en danger du bien-être moral ou physique de l'enfant (art. 284) impliquent l'intervention de l'autorité tutélaire. Si le placement des enfants est déjà possible avant la mise en œuvre du CCS, celui-ci facilite les démarches administratives.¹⁸ Autorisant l'intervention des autorités dès les premiers signes de menace, il donne beaucoup de poids à l'idée de prévention et de protection de l'enfant; il témoigne également d'une attitude paternaliste et autoritaire. La prise en charge administrative des enfants en difficulté continue cependant d'être organisée au niveau cantonal. Dépourvu d'articles spécifiques à ce sujet, le CCS a laissé, jusqu'à nos jours, le champ libre à des pratiques diverses et variées.

Le droit de la famille est révisé en plusieurs étapes dès les années 1970: en 1973, le droit à l'adoption est renouvelé (art. 264–269) et, comme mentionné plus haut, le statut de l'enfant illégitime disparaît en 1978. Dès lors, c'est la mère célibataire qui détient le droit de garde sur ses enfants. Auparavant, les enfants illégitimes n'étaient pas sous autorité parentale.¹⁹ De plus, les sévices corporels infligés aux enfants dans le cadre familial deviennent pénalement répréhensibles. Finalement, le droit de tutelle est révisé à son tour en 2011.

Dès 1981, suite à la ratification par la Suisse de la Convention européenne des droits de l'homme, les placements d'enfants sous tutelle en institution doivent être menés selon des directives d'une expertise judiciaire et des procédures officielles de réclusion assistée. Jusqu'alors, un internement pouvait être décidé par démarche administrative, sans le verdict d'une jurisprudence indépendante – parfois dans des établissements pénitentiaires alors qu'aucun délit n'avait eu lieu. Une simple lettre pouvait provoquer un internement: ces procédures encourageaient des actions arbitraires et allaient à l'encontre des droits de fondamentaux des personnes.²⁰

18 Cf. Nadja Ramsauer, «Verwahrlost». *Kindswegnahme und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat 1900–1945*, Zurich 2000, pp. 37, 55, 74.

19 Cf. Sara Galle, Thomas Meier, *Von Menschen und Akten. Die Aktion «Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute*, Zurich 2009, p. 40.

20 Cf. Dominique Strebel, *Weggesperrt. Warum Tausende in der Schweiz unschuldig hinter Gittern sasssen*, Zurich 2010; Tanja Rietmann, «Liederlich» und «arbeitsscheu». *Die administrative Versorgung im Kanton Bern 1884–1981*, Zurich 2013.

Personnes concernées et raisons du placement

Les gens du voyage, surtout les Yéniches, sont les premiers concernés par la politique d'assistance forcée, notamment par l'œuvre *Kinder der Landstrasse* créée par la fondation Pro Juventute.²¹ En tant que fondation privée étroitement liée à l'Etat fédéral et organisée en districts sur tout le territoire suisse, Pro Juventute joue un rôle crucial dans le système d'aide à la jeunesse. La persécution des Yéniches ne constitue qu'une partie de ses activités. Entre 1926 et 1972, l'organisation retire à de nombreux parents le droit de garde, pour préserver les enfants d'une influence jugée néfaste et les placer dans ce qui est alors perçu comme un environnement social acceptable. Des chiffres actuels indiquent qu'environ 900 enfants sont ainsi placés de force afin d'être éduqués selon un mode de vie sédentaire. Les discriminations contre les familles yéniches sont cependant plus anciennes. Avec la loi fédérale sur les heimatlos de 1850, le jeune Etat fédéral jette les bases d'une intégration juridique de ces personnes en les attribuant à une commune qui devait assumer le devoir d'assistance à leur égard. Certaines communes et cantons s'opposent, parfois pendant des décennies, à l'octroi de ces nouveaux venus jugés indésirables et les traitent comme des citoyens de seconde zone. On leur interdit d'acheter des pâturages ou des forêts et ils sont réduits à gagner leur vie comme berger ou bûcheron dans leur commune «d'origine».

Un autre groupe de personnes concernées, plus difficile à cerner de manière quantitative, est celui des enfants placés à la campagne (Verdingkinder). C'est surtout en Suisse rurale et protestante que ce placement connaît une longue tradition; décrit par Jeremias Gotthelf dans son *Bauernspiegel* (1873), il sera pratiqué jusque dans les années 1960. On estime à plusieurs centaines de milliers le nombre d'enfants concernés pour les XIX^e et XX^e siècles. Il est difficile de se faire une idée précise des pratiques, en raison de sources lacunaires ou inexistantes. Par ailleurs, le placement se décidait souvent de manière informelle, sans être notifié par écrit.

Pour des raisons financières, ou en cas de mécontentement de la famille d'accueil, certains enfants placés sont replacés ailleurs. De nombreux jeunes entament ainsi une «carrière de placements» qui renforce leur déracinement et leur sentiment d'exclusion. Ils peuvent aussi faire l'objet d'un internement administratif, à la demande de la commune, d'un tuteur, ou de toute personne jouissant d'une certaine autorité (pasteur, instituteur). La plupart des internés administratifs sont en effet issus de familles défavorisées ou en difficulté, et ont souvent déjà été placés

21 La fondation Pro Juventute est créée en 1912 par la SSUP et par Ulrich Wille junior, militaire de carrière et sympathisant du nazisme. Wille préside le conseil de fondation de Pro Juventute jusqu'à sa mort en 1959.

en foyer ou en famille d'accueil; seuls quelques cas exceptionnels sont issus de familles instruites et correspondant aux standards bourgeois.

Une autre catégorie de personnes touchées par cette assistance forcée est celle des adolescent·e·s stérilisés ou castrés pour des raisons eugéniques. Ces mesures auraient touché des milliers de personnes en Suisse au cours du XX^e siècle, mais la proportion de mineurs reste difficile à évaluer. Dans la plupart des cas connus, l'intervention s'est faite à l'encontre de la volonté des personnes – tant des malades mentaux que des personnes capables de discernement – et a touché en écrasante majorité des femmes.²²

Les différents groupes mentionnés ci-dessus peuvent néanmoins se recouper: un enfant placé peut être replacé par une administration dans un foyer d'éducation; une fille d'origine yéniche peut être stérilisée de force après son enlèvement.

Comme indiqué plus haut, la pauvreté est l'une des constantes à l'origine du placement. Les causes de cette précarité peuvent varier: mort d'un parent, bas salaires des journaliers et des ouvriers, naissance hors-mariage... Au XX^e siècle, le quotidien des personnes issues de milieux défavorisés est marqué par une faible sécurité sociale, des longues journées de travail ainsi que par des conditions de logement insalubres. La situation financière des familles nécessite régulièrement le travail des mères et des enfants. Cette réalité va à l'encontre des normes bourgeoises dominantes, avec le modèle de la femme au foyer et de l'homme pourvoyeur, auquel les familles pauvres ont bien du mal à correspondre. Le clivage entre la réalité et l'idéal s'observe également au niveau des conceptions bourgeoises de l'hygiène et de la morale. Ainsi, la cohabitation d'une famille dans une seule pièce est jugée immorale, puisqu'elle ne permet pas aux parents de dissimuler leurs rapports sexuels. Lors de leurs visites, les assistantes sociales se concentrent sur des questions d'hygiène: la propreté des vêtements et de la literie, l'état du ménage. Mais leur évaluation ne tient pas compte de l'activité professionnelle des femmes et de leurs longues journées de travail. Les milieux défavorisés et marginalisés deviennent ainsi la cible principale d'une forme d'assistance sociale toujours plus différenciée. La déchéance devient une notion clé dans le domaine du placement d'enfants. Elle désigne certains modes de vie des parents ou certains comportements des enfants à l'école ou en public.²³ Ivrognerie, paresse, vagabondage, frivolité, immoralité, autant de termes utilisés dans le vocabulaire des autorités de l'époque, qui recouvrent

22 Geneviève Heller, Gilles Jeanmonod, Jacques Gasser, *Rejetées, rebelles, mal adaptées. Débats sur l'eugénisme. Pratiques de la stérilisation non volontaire en Suisse romande au XX^e siècle*, Genève, 2004.

23 Pour le discours sur la déchéance: Sabine Lippuner, *Bessern und Verwahren: Die Praxis der administrativen Versorgung von «Liederlichen» und «Arbeitsscheuen» in der thurgauischen Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain (19. und frühes 20. Jahrhundert)*, Frauenfeld 2005, pp. 30–55.

des notions vagues, permettant des interprétations au cas par cas pour légitimer les placements.

Le travail social connaît dès le début du XX^e siècle un tournant scientifique, qui contribue à rationaliser les pratiques et à considérer les personnes de manière individualisée. Ces changements vont de pair avec une professionnalisation du travail social et impliquent la création d'écoles sociales pour femmes ainsi que de la Conférence pour l'assistance aux pauvres.²⁴ Les expertises scientifiques ainsi que les décisions de placement des autorités d'assistance reposent sur un mélange de raisonnements d'ordre eugénique, psychique, moral, pédagogique et économique.²⁵ Si les arguments eugénistes, selon lesquels les humains appartiennent à des catégories d'inégale valeur, sont rarement prépondérants, ils apparaissent en toile de fond des évaluations des années 1930 et 1940. Selon les eugénistes, les progrès de la médecine et les pratiques d'assistance maintiennent en vie des personnes jugées inférieures, voire même parasites; il faut préserver la qualité de la population dans son ensemble en empêchant ces personnes de se reproduire, puisqu'on suppose ces «tares» largement héréditaires. Dans cette optique, des mesures comme l'internement, la stérilisation et la castration sont jugées acceptables. Le placement, surtout s'il est décidé d'après une expertise psychiatrique ou psychologique, constitue souvent la prémisse d'une évaluation se résumant en ces termes: «génétiquement inférieur».²⁶ Dans les grandes villes, les médecins scolaires jouent un rôle important dans la sélection des enfants «anormaux» et le transfert de ceux-ci vers des écoles spécialisés ou des foyers scolaires.

Il ressort des témoignages de personnes concernées que leur perception du placement n'est pas uniforme, même si les souvenirs négatifs prédominent; certaines se souviennent toutefois d'avoir été bien traitées et d'avoir parfois reçu une aide appréciable. De manière générale cependant, le placement entraîne des problèmes identitaires et psychologiques, puisqu'il va de pair avec l'isolement de l'enfant de sa famille d'origine. Ce n'est qu'à partir de 1987 que les enfants placés et adoptés

24 Seglias 2013, *op. cit.*, p. 30; Sonja Matter, *Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz (1900–1960)*, Zurich 2011.

25 Cf. entre autres: Gisela Hauss *et al.* (éd.), *Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950)*, Zurich 2012; Véronique Mottier, Laura von Mandach (éd.), *Pflege, Stigmatisierung und Eugenik. Integration und Ausschluss in Medizin, Psychiatrie und Sozialhilfe*, Zurich 2007.

26 Des études de pratiques inspirées de l'eugénisme, de l'enlèvement des enfants jusqu'aux interdictions de mariage, des stérilisations de force aux stérilisations, sont documentés dans: Heller, Jeanmonod, Gasser 2004, *op. cit.*, et dans: Thomas Huonker, *Diagnose «moralisch defekt». Kastration, Sterilisation und Rassenhygiene im Dienst der Schweizer Sozialpolitik und Psychiatrie 1890–1970*, Zurich 2003. Le cas précis d'un enfant sinti enlevé à ses parents, et qui par la suite a vécu toute sa vie dans des institutions et a été stérilisé en 1934 est documenté dans: Thomas Huonker, Regula Ludi, *Roms, Sintis et Yéniches. La «politique tsigane» suisse à l'époque du national-socialisme*, Lausanne 2009, postface, pp. 108–117.

obtiennent le droit de consulter leurs propres dossiers administratifs afin de reconstruire leur biographie et de relever d'éventuelles erreurs dans les actes.²⁷

Surveillance et responsabilités

Au cours du XX^e siècle, l'assistance privée suscite de plus en plus de critiques: méthodes coercitives, foyers d'éducation fermés, placements arbitraires. L'idée d'une surveillance étatique accrue des tâches déléguées aux institutions privées gagne du terrain. Toutefois, le cadre de la surveillance des institutions ou des familles d'accueil n'est pas clairement défini, laissant aux instances de surveillance une importante marge de manœuvre. En l'absence de directives claires, les contrôles sont irréguliers et superficiels, sans compter que les surveillants sont souvent étroitement liés aux institutions ou aux autorités dont ils doivent évaluer les pratiques. Comme une surveillance régulière des institutions et des familles d'accueil engendre des coûts importants, les enjeux financiers contribuent souvent au relâchement et à l'intermittence des contrôles. Pendant longtemps, l'idée selon laquelle les institutions privées complètent les lacunes du système étatique et doivent par conséquent être traitées avec bienveillance reste répandue.²⁸

De nombreuses instances ont un devoir de surveillance. Dans les institutions publiques, les commissions de surveillance sont organisées par l'Etat. Dans les institutions privées en revanche, elles créent la plupart des cas leur propre commission, dans laquelle les autorités administratives réclament de temps en temps un siège. Les foyers dirigés par des religieux catholiques sont soumis à la surveillance de l'évêque ainsi qu'à celle des supérieurs de chaque congrégation.²⁹ Selon les cantons, d'autres institutions communales ou cantonales sont en charge de la surveillance: les inspecteurs scolaires, les offices des mineurs, les services de la santé, les organes placeurs, des unités administratives exclusivement dédiées à la surveillance des foyers et des familles d'accueil, des commissions pour la protection de la jeunesse etc.

Ces diverses instances de surveillance, étatiques, communales ou privées, portent une responsabilité quant à la qualité du système de placement. D'autres acteurs étatiques, paraétatiques ou privés partagent cette tâche: les organes de placements, les pouvoirs judiciaires, législatifs ou exécutifs, les instances éducatives (famille d'accueil, personnel de foyer), les responsables d'établissements, les voisins et

27 Cf. Alexander Dubach, *Das Recht auf Akteneinsicht*, Dissertation Universität Bern, Zurich 1990. La décision du Tribunal fédéral susmentionné est l'arrêt 113 IA 257 du 3 juin 1987. L'arrêt 1P.4 0 2001 du 4 mars 2002 exprime de manière explicite que chaque enfant adopté majeur a le droit de connaître l'identité de ses parents, même contre leur gré.

28 Jenzer 2014, *op. cit.*

29 Ries, Beck 2013, *op. cit.*

enseignants des enfants placés, les parents qui approuvent et soutiennent le système (certes une minorité), les spécialistes scientifiques soutenant le placement par leur théories et leurs expertises, et finalement, la société toute entière, qui maintient de manière passive ce système, malgré la connaissance des abus et les critiques toujours plus insistantes. Ajoutons à cela le consensus général à propos de la déchéance et de la déviance des enfants et adolescents placés, ainsi que l'approbation répandue de l'«incapacité» de certains parents à éduquer «proprement» leurs enfants.³⁰

Ces instances de surveillance s'entretiennent la plupart du temps uniquement avec les directeurs de foyers ou les parents des familles d'accueil. Les enfants placés qui tentent de dénoncer les abus subis sont traités de menteurs et voient souvent la maltraitance et la répression s'intensifier à leur égard. Ce n'est que dans des cas extrêmement rares que des sanctions sont prises et que les enfants sont déplacés ou renvoyés dans leur famille.³¹

Jusque dans la deuxième moitié du XX^e siècle, l'attention des autorités de surveillance se focalise sur les conditions matérielles et hygiéniques, ainsi que sur des questions d'ordre administratif et financier. L'assistance doit être efficace et bon-marché, et l'état psychique et le bien être individuel de l'enfant placé restent secondaires.³² Comme le démontre de manière exemplaire une recherche sur la commission de surveillance d'un foyer pour enfant lucernois, les membres de cette commission ont pour la plupart un profil professionnel économique, juridique ou médical; jusque dans les années septante, des spécialistes du domaine de l'accompagnement socio-éducatif y siègent rarement.³³

Le manque de surveillance est régulièrement thématiqué dans les débats politiques et revient de manière récurrente dans les critiques adressées aux institutions de placement. Mais malgré le renforcement de la surveillance au cours du XX^e

30 Cf. Akermann, Furrer, Jenzer 2012, *op. cit.*, p.129; Abschlussbericht des Runden Tisches «Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren» in Deutschland, 2010, p. 29 es., <http://www.rundertisch-heimerziehung.de/downloads.htm>.

31 Alfred Siegfried, le fondateur et directeur de l'œuvre de bienfaisance «Kinder der Landstrasse» de 1925 à 1958 a par exemple abusé de ses protégés, ainsi que son successeur, emprisonné pour ces mêmes raisons. Pour les discours préalables à l'instauration de la tutelle officielle du nouveau Code civil concernant la maltraitance et les abus sexuels dans des familles «déchues», cf. Elena Wilhelm, *Rationalisierung der Jugendfürsorge. Die Herausbildung neuer Steuerungsformen des Sozialen zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Bern 2005; cet ouvrage est accompagné d'un CD contenant davantage de sources.

32 Markus Ries, Valentin Beck, *Die katholische Kirche und die Gewalt in der Heimerziehung*, in: Ries, Beck 2013, *op. cit.*; Jenzer 2014, *op. cit.*; Ackermann, Furrer, Jenzer 2012, *op. cit.*, p. 71. Pour l'évolution de l'orientation de la surveillance cf. Leuenberger *et al.* 2011, *op. cit.*, pp. 28–99; Ernst Guggisberg, Der Armen-erziehungsverein des Bezirks Baden als Vertreter der privaten Jugendfürsorge im Kanton Aargau 1920–1940, in: *Argovia*, 121 (2009) pp. 165–191.

33 Akermann, Furrer, Jenzer 2012, *op. cit.*, pp. 74–76.

siècle et la focalisation sur le bien-être personnel de l'enfant dès les années 1950, ce domaine reste à ce jour une des failles du système.³⁴

Structure de l'ouvrage

Cet ouvrage rassemble 28 contributions issues des trois régions linguistiques. S'il contient certaines réflexions à caractère transnational ou des comparaisons internationales, l'accent est mis sur l'histoire suisse pour la période 1850–1980. Certains articles présentent des conclusions de recherches ou études déjà achevées, d'autres se basent sur des premiers résultats de projets encore en cours. Pour la première fois, une vision d'ensemble de l'histoire du placement d'enfants en Suisse est proposée.

Vu la richesse et la complexité des articles, il n'a pas été toujours évident de les regrouper sous différentes thématiques, et nous avons finalement adopté une organisation de l'ouvrage en quatre parties. La première, intitulée «société, politique sociale et institutions», présente certaines institutions ainsi que des aspects particuliers de l'assistance sociale; les contributions de la partie «discours et tabous» traitent de discours spécifiques légitimant le placement. La troisième partie, «biographies et interventions», présente les destins particuliers de certains groupes. Enfin, la partie intitulée «sources, méthodes et conséquences», aborde des questions d'ordre méthodologique ainsi que des interrogations relatives aux conséquences du placement.

Les éditeurs et éditrices poursuivent un double objectif: d'une part, faire connaître les productions d'un champ de recherche en plein développement. D'autre part, contribuer de manière substantielle aux débats publics et politiques sur le travail critique de mémoire actuellement en cours. Initié en Romandie par la militante Louissette Buchard, ancienne enfant placée, et poursuivi dans toute la Suisse par les associations de personnes concernées, ce travail a besoin de recherches documentées et scientifiquement fondées. La recherche est indispensable, parce que les personnes concernées ont le droit de connaître leur histoire, mais aussi pour éviter que les fautes commises ne se répètent.

34 Leuenberger et al. 2011, *op. cit.*, p. 56; Marco Leuenberger, Loretta Seglias, *Geprägt fürs Leben – Das Schweizer Verdingkinderwesen im 20. Jahrhundert: ein (schweizerischer) Sonderfall?*, chapitre Gesetzliche Bestimmungen.

